

Weiß, Manfred; Steinert, Brigitte

Privatisierungstendenzen im Bildungsbereich: Internationale Perspektiven

Die deutsche Schule 86 (1994) 4, S. 440-456



Quellenangabe/ Reference:

Weiß, Manfred; Steinert, Brigitte: Privatisierungstendenzen im Bildungsbereich: Internationale Perspektiven - In: Die deutsche Schule 86 (1994) 4, S. 440-456 - URN: urn:nbn:de:0111-opus-16674 - DOI: 10.25656/01:1667

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-16674>

<https://doi.org/10.25656/01:1667>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Privatisierungstendenzen im Bildungsbereich: Internationale Perspektiven

1. Einleitung

Weltweit ist eine *Tendenz in Richtung einer stärkeren Privatisierung öffentlicher Aufgabenbereiche* zu beobachten. In den Ländern des ehemaligen Ostblocks ist dies die notwendige Konsequenz der Umwandlung einer Zentralverwaltungswirtschaft in eine Marktwirtschaft. In den westlichen Ländern sind ordnungs- und fiskalpolitische Gründe die treibende Kraft hinter dieser Entwicklung. Wortführer der Privatisierungspolitik sind hier vor allem jene Kreise, die die Krisensymptome des interventionistischen Wohlfahrtsstaates in einen direkten kausalen Zusammenhang mit der Ausweitung der Staatstätigkeit bringen und die deshalb mit Nachdruck eine Entstaatlichung fordern. In Europa war es vor allem die Regierung Thatcher, die diese Forderung mit einem umfangreichen Privatisierungsprogramm konsequent umsetzte (vgl. Krauss 1990). Inzwischen hat die Privatisierungswelle auch andere Länder erfaßt.

Betroffen sind davon zahlreiche staatliche Aufgabenbereiche. Auch das öffentliche Bildungswesen scheint dagegen nicht mehr gefeit zu sein. Massiver geworden sind jedenfalls die Kritik am staatlichen Bildungsmonopol sowie die Klage über die geringe Effizienz staatlicher Bildungsinstitutionen und ihre unzureichende Reagibilität auf veränderte gesellschaftliche Anforderungen und die differenzierter gewordenen Präferenzen der Bildungsnachfrager. Zunehmend Gehör verschaffen sich jene Kritiker, die zur Überwindung der diagnostizierten Krise des öffentlichen Bildungswesens „mehr Markt“ und Privatisierung propagieren (z.B. Chubb/Moe 1990).

Unter „*Privatisierung*“ soll hier die *vollständige oder teilweise Verlagerung der Bildungsproduktion und/oder -finanzierung auf private (nichtstaatliche) Träger* verstanden werden. Private Träger können Einzelpersonen sein, gewinnorientierte Unternehmen, Nonprofit-Organisationen des „Dritten Sektors“ (z.B. Kirchen, Stiftungen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Elternvereine). „Privatisierung“ in diesem Sinne beinhaltet nicht notwendigerweise den vollständigen Rückzug des Staates. Beim Staat können – wie dies meist der Fall ist – in unterschiedlichem Ausmaß Regulierungs-, Aufsichts- und Kontrollfunktionen verbleiben. Auch die Privatisierung von Bildungskosten bedeutet in der Regel nicht das vollständige Ausscheiden des Staates als Mitfinanzier.

2. Empirische Erfassung des Privatisierungsgrades

Der Privatisierungsgrad der *Bildungsproduktion* läßt sich empirisch über die relativen Teilnehmerzahlen in privaten Bildungseinrichtungen erfassen. Sowohl die UNESCO- als auch die OECD-Statistiken (UNESCO-Datenbank und Compendium of Statistical Information) liefern entsprechende Daten für den Vorschul- und den allgemeinbildenden Schulbereich. Einen relativ systematischen Überblick über das Privatschulwesen der Länder der EU gibt die kürzlich vorgelegte Dokumentation der Europäischen Informationsstelle von Eurydice, „Formen und Status des privaten und nichtstaatlichen Bildungswesens in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft“ (Eurydice 1992). Weit schwieriger gestaltet sich die empirische Erfassung des Privatisierungsgrades bei der *Bildungsfinanzierung*. Lediglich das OECD-Indikatoren-Tableau „Education at a Glance“ enthält eine grobe Differenzierung der Bildungsausgaben nach staatlichen und privaten Finanzierungsquellen (OECD 1993, S. 76 ff.).

2.1 Privatisierungsgrad der Bildungsproduktion im Vorschul- und Schulbereich

Aus Tabelle 1 ist ersichtlich, daß erstens der Privatisierungsgrad zwischen den OECD-Ländern erheblich differiert und zweitens innerhalb eines Landes z.T. beträchtliche Unterschiede zwischen den Bildungsbereichen/-stufen bestehen. Am höchsten ist das Privatisierungsniveau erwartungsgemäß im Vorschulbereich, der sich in vielen Ländern traditionell zu einem erheblichen Teil in privater Trägerschaft befindet. Im Schulbereich ist der Privatisierungsgrad deutlich niedriger mit mittleren Prozentwerten zwischen 17,6 (Primarstufe) und 12,6 (Sekundarstufe I).

Im *Vorschulbereich* liegen für das Schuljahr 1989/90 Daten von 17 der 24 OECD-Länder vor. Der mittlere Privatschüleranteil über diese Länder beträgt etwa ein Drittel. Die Spannweite reicht von 4,1 Prozent in Kanada bis 77,4 Prozent in Japan bzw. 98,9 Prozent und 100,0 Prozent in Neuseeland und Irland¹. Mehr als die Hälfte bis zwei Drittel der Kinder besuchen private Vorschulen in den Niederlanden sowie in Deutschland und in Belgien. Sehr niedrige Privatschüleranteile von weniger als 10 Prozent weisen Kanada, Dänemark, Griechenland, die Schweiz, Großbritannien und die Türkei auf. In der *Primarstufe* als Pflichtschulbereich ist der Privatschüleranteil erwartungsgemäß niedriger als im Vorschulbereich: Im Durchschnitt von 20 der 24 OECD-Länder lag er 1989/90 bei 17,6 Prozent. Weit überdurchschnittliche Werte haben wiederum Irland mit 100,0 Prozent², wo auch die

¹ Nach der OECD-Statistik beträgt der Privatschüleranteil in Neuseeland 0,3 Prozent und in Irland 1,6 Prozent. Bei der OECD werden die Privatschulen, die als „öffentlich abhängig“ eingestuft werden, dem öffentlichen Sektor zugeordnet. Da nach der hier vorgenommenen Abgrenzung Schulen in privater Trägerschaft unabhängig von ihrer Finanzierung zu den Privatschulen gezählt werden, werden die dementsprechenden Werte der UNESCO-Statistik übernommen.

² In der OECD-Statistik beträgt dieser Wert 1,6 Prozent aufgrund derselben Abgrenzungen von privaten und öffentlichen Schulen wie im Vorschulbereich.

Tabelle 1: Privatschüleranteil im allgemeinbildenden Schulwesen nach Bildungsbereichen im Schuljahr 1989/90

OECD-Länder	Vorschulbereich	Bildungsbereich			
		Primarbereich	Sekundarbereich I	Sekundarbereich II	Sekundarbereich I und II
Australien	26,1	24,8	31,5
Belgien	56,9	56,0	66,7 ¹
Dänemark	9,0	9,7	17,6	8,6	15,5
Deutschland	66,6	1,8	7,5	12,0	8,1
Finnland	..	0,9	3,0	5,8	3,9
Frankreich	12,2	14,8	20,9	21,8	21,1
Griechenland	4,8 ¹	6,6 ¹	3,4 ¹	4,1 ¹	3,7 ¹
Irland	100,0	100,0
Italien	28,5	7,5	4,6	15,3	7,1
Japan	77,4	0,7	3,5	30,1	14,7
Kanada	4,1	3,6	6,7	4,8	5,8
Luxemburg	..	0,9 ²	9,2 ²	3,9 ²	6,5 ²
Niederlande	68,9	68,8	73,9	72,3	73,4
Neuseeland	98,9 ²	2,6	4,6	5,5	4,9
Norwegen	35,0	1,1	1,2	11,1	4,5
Österreich	26,0	3,9	6,5	11,0	7,4
Portugal
Spanien	38,3	34,5	35,1	28,7	32,4
Schweden	..	0,9	0,8	3,0	1,2
Schweiz	5,2	2,4	5,0	11,7	6,2
Türkei	5,8	0,6	3,2	4,4	3,5
USA	36,8	11,6
Vereinigtes Königreich	6,0	4,8	7,9	10,1	9,0
Mittelwert	35,5 ³	17,6 ⁴	12,6 ⁵	16,0 ⁵	14,7 ⁶
Standardabweichung	29,1 ³	27,2 ⁴	12,6 ⁵	17,1 ⁵	17,8 ⁶

1 Wert für das Schuljahr 1988/89; 2 Wert für das Schuljahr 1987/88; 3 ohne: Finnland, Griechenland, Island, Luxemburg, Neuseeland, Portugal, Schweden.

4 ohne: Griechenland, Island, Luxemburg, Portugal; 5 ohne: Australien, Belgien, Griechenland, Irland, Island, Luxemburg, Portugal, USA.

6 ohne: Belgien, Griechenland, Irland, Island, Luxemburg, Portugal, USA.

Quelle: UNESCO-Datenbank; eigene Berechnungen.

Primarschulen zwar öffentlich finanziert, aber von den Konfessionsgemeinschaften getragen werden. In den Niederlanden, die durch ihr verfassungsmäßig garantiertes Recht auf die Freiheit der Bildung – einschließlich der Freiheit der Errichtung, der Ausrichtung und der Organisation der Bildung – einen hohen Anteil an konfessionsgebundenen, aber auch bekenntnisfreien Privatschulen haben, besuchen mehr als zwei Drittel der Primarschüler Privatschulen. In Belgien besteht eine vergleichbare Situation, der Privatschüleranteil im Primarbereich liegt bei 56,0 Prozent. Einen immer noch überdurchschnittlichen Privatisierungsgrad weisen Spanien und Australien mit einem Privatschüleranteil von einem Drittel bzw. einem Viertel auf. Knapp unterdurchschnittlich ist der Privatschüleranteil in Frankreich (14,8 Prozent) und in den USA (11,6 Prozent). Alle übrigen Länder, in denen die Errichtung von Privatschulen strikteren Regeln für die Zulassung und Anerkennung unterliegt, haben einen Privatschüleranteil von weniger als 10 Prozent zu verzeichnen. Den geringsten Anteil weist die Türkei mit 0,6 Prozent auf.

Im Schuljahr 1989/90 betrug der Privatschüleranteil im *allgemeinbildenden Sekundarbereich (I und II)* im Durchschnitt von 17 der 24 OECD-Länder 14,7 Prozent. Spitzenreiter sind wiederum die Niederlande mit 73,4 Prozent und Belgien mit 66,7 Prozent (1987/88). Überdurchschnittliche Werte weisen noch Spanien und Australien mit 32,4 Prozent und 31,5 Prozent auf sowie Frankreich mit 21,1 Prozent, Dänemark mit 15,5 Prozent und Japan mit 14,7 Prozent. Dieses hohe Privatisierungsniveau besteht bei diesen Ländern sowohl in der Sekundarstufe I als auch in der Sekundarstufe II. Ausnahmen sind Dänemark und Japan. In Dänemark liegt der Privatschüleranteil in der Sekundarstufe I über dem Durchschnitt, in Japan in der Sekundarstufe II. Alle übrigen OECD-Länder weisen einen unterdurchschnittlichen Privatisierungsgrad auf. Das niedrigste Privatisierungsniveau hat Schweden mit ca. 1 Prozent. In der Bundesrepublik Deutschland ist die Privatisierungsquote mit Ausnahme des Vorschulbereichs nur unterdurchschnittlich ausgeprägt.

Die Privatschüleranteile zur Erfassung des Privatisierungsgrades im Schulbereich stellen ein formales Kriterium dar, das eine beträchtliche Bandbreite in den Regelungs-, Finanzierungs- und Kontrollmodalitäten zuläßt. Tendenziell gilt, daß staatliche Reglementierung und Kontrolle des privaten Sektors um so größer sind, je höher der staatliche Finanzierungsbeitrag ist (vgl. im einzelnen Eurydice 1992). Ausnahmen bestätigen die Regel: In Griechenland z.B. erhalten Privatschulen im allgemeinen keinerlei staatliche Finanzhilfe und unterliegen dennoch massiver staatlicher Kontrolle.

Der Umfang *öffentlicher Subventionierung* des Privatschulwesens differiert zwischen den OECD-Ländern ebenso stark wie die Privatschüleranteile. Der Anteil der für private Schulen aufgewendeten Ausgaben an den gesamten öffentlichen Bildungsausgaben reichte 1988 von 0,2 Prozent in Schweden bis 70 Prozent in den Niederlanden. In Belgien liegt der Anteil bei knapp 60 Prozent. Australien und Frankreich folgen mit 11 bzw. 12 Prozent, die ehemalige Bundesrepublik und die Schweiz mit rund 8 Prozent. In Japan und den USA erhält das Privatschulwesen trotz seiner quantitativen Bedeutung weniger als 5 Prozent der öffentlichen Bildungsausgaben (vgl. OECD 1992, S. 51 u. Tab. 4.1).

Exkurs: Erklärung unterschiedlicher Privatisierungsgrade – die Studie von Estelle James

Von der amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlerin Estelle James (1993) ist der Versuch unternommen worden, die internationalen Unterschiede im Privatschüleranteil quantitativ-analytisch einer Erklärung zuzuführen. In dem von ihr entwickelten Erklärungsmodell wird die quantitative Bedeutung des Privatschulsektors als abhängig von vier Faktoren angesehen: (1) einem bestehenden Nachfrageüberhang („excess demand“) aufgrund eines unzureichenden quantitativen staatlichen Bildungsangebotes, (2) dem Vorliegen differenzierter Bildungswünsche („differentiated demand“) als Folge vor allem kultureller (religiöser, sprachlicher, ethnischer) Unterschiede in einer Gesellschaft, denen im öffentlichen Bildungswesen nicht durch ein entsprechend differenziertes Bildungsangebot Rechnung getragen wird, (3) Initiativen von Individuen oder Gruppen, die vor allem aus ideologischen und religiösen Gründen Bildungsangebote bereitstellen („nonprofit entrepreneurship“), (4) der staatlichen Privatschulpolitik (Subventionierung von Privatschulen) und den Aufwendungen für das öffentliche Schulwesen. Nach James ist die Existenz privater Bildungsangebote in Entwicklungsländern vor allem durch „excess demand“, in entwickelten Industrienationen durch „differentiated demand“ zu erklären. In verschiedenen empirischen Untersuchungen ist der skizzierte Erklärungsansatz erfolgreich getestet worden.

2.2 Privatisierungsgrad der Bildungsfinanzierung

Die Dokumentation privater Beiträge (von Haushalten, Unternehmen, Kirchen, Gewerkschaften etc.) zur Finanzierung von Bildungskosten ist höchst lückenhaft. Der gesamte private Finanzierungsanteil ist daher nicht zuverlässig erfaßbar. Im Indikatoren-Tableau der OECD (1993, S. 76) finden sich lediglich für 13 Staaten Angaben über die nach öffentlichen und privaten Finanzierungsquellen differenzierten Bildungsausgaben. Bei der Hälfte dieser Länder liegt 1991 der Anteil des privaten Sektors an der Finanzierung der gesamten Aufwendungen für das institutionelle Bildungswesen unter 10 Prozent. Den höchsten privaten Anteil hat Westdeutschland mit 27,1 Prozent, gefolgt von Japan mit 26,1 Prozent, den USA mit 21,4 Prozent und Spanien mit knapp 20 Prozent. Die Spitzenposition Deutschlands erklärt sich aus dem hohen Finanzierungsbeitrag der Privatwirtschaft bei der beruflichen Erstausbildung. In den konsolidierten Bildungsbudgets anderer Länder mit ähnlichen Ausbildungssystemen sind diese Ausgabenlemente (noch) nicht enthalten. Für komparative Zwecke sind die Informationen über staatliche und private Finanzierungsanteile deshalb nur bedingt geeignet. Berücksichtigt man lediglich das allgemeinbildende und berufliche Schulwesen sowie den Hochschulsektor, dann beträgt der private Finanzierungsanteil in Westdeutschland nur zwei bzw. drei Prozent.

2.3 Privatisierungstrends

Zeitreihendaten über einen längeren Zeitraum liefern die UNESCO-Statistiken. Für den Vorschul- und den Primarbereich liegen Zeitreihen ab 1970 vor, für den Sekundarbereich existieren Daten für 1975 und ab 1980.

Für die OECD-Länder wird im *Vorschulbereich* die These einer zunehmenden Privatisierung nicht bestätigt (vgl. Tab. 2). Bei der Hälfte der Staaten, für die ab 1970 Zeitreihen vorliegen, sind die relativen Teilnehmerzahlen im privaten Sektor rückläufig. Extrem hohe Verluste weisen die privaten Vorschuleinrichtungen in der Türkei und in Italien auf, wo der Privatschüleranteil von über 90 Prozent auf ca. ein Drittel gefallen ist. Einen Rückgang von mehr als 10 Prozent haben Spanien, Österreich, die Bundesrepublik Deutschland und Griechenland zu verzeichnen. Nur in Australien, Japan und den USA ist der Privatschüleranteil um mehr als 5 Prozent gestiegen. In den übrigen Ländern stagniert oder schwankt der Privatschüleranteil minimal. Ohne weitere Informationen legen die Entwicklungstrends im Vorschulbereich die Interpretation nahe, daß der Bedeutungswandel des Kindergartens von einer sozialpädagogischen Einrichtung zum Eingangsbereich des Bildungswesens in den meisten Ländern eine verstärkte öffentliche Verantwortung für vorschulische Erziehung zur Folge hatte.

Tabelle 2: Entwicklung des Privatschüleranteils im Vorschulbereich zwischen 1970 und 1989

OECD-Länder	1970	1975	1980	1985	1989
Australien	–	19,5	22,5	26,0	26,1
Belgien	58,7	57,4	57,9	57,7	56,9
Dänemark	8,6 ¹	7,2	8,3	8,2	9,0
Deutschland	77,8	–	–	–	66,6
Frankreich	14,6	13,6	13,1	12,9	12,2
Griechenland	14,5	14,5	9,3	4,1	4,8 ⁵
Irland	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Italien	94,1	65,2	37,9	32,2	28,5
Japan	75,4	75,1	73,4	75,3	77,4
Kanada	2,6	2,5	2,8	3,5	4,1
Niederlande	75,0	71,5	69,6	69,0 ⁴	68,9
Neuseeland	–	–	97,7	98,7	98,9 ⁶
Norwegen	–	–	41,2	37,1	35,0
Österreich	36,2	32,8	28,1	26,5	26,0
Spanien	55,7	62,3	44,9	37,7	38,3
Schweiz	–	11,6 ²	7,1	3,4	5,2
Türkei	95,9	81,5 ³	79,6	4,1	5,8
USA	30,2	33,1	35,6	35,4	36,8
Vereinigtes Königreich	6,2	5,4	8,4	5,3	6,0

1 für das Jahr 1971; 2 für das Jahr 1976; 3 für das Jahr 1974; 4 für das Jahr 1984; 5 für das Jahr 1988; 6 für das Jahr 1987.

Quelle: UNESCO-Datenbank, eigene Berechnungen.

Auch im *Primarschulbereich* ist keine Tendenz zu einer stärkeren Privatisierung erkennbar. Die Veränderungen des Privatschüleranteils liegen in allen OECD-Ländern unter 5 Prozent. Die stärkste Zunahme hat Australien mit +4,5 Prozent zu verzeichnen, die schwächste Japan mit +0,1 Prozent. Auch die Verluste an Privatschülern verbleiben unter 5 Prozent mit Ausnahme von Neuseeland, dessen Privatschüleranteil von 12,7 Prozent 1970 auf 2,6 Prozent im Jahr 1989 gesunken ist. Die geringen Schwankungen des Privatschüleranteils lassen im Pflichtschulbereich keine zunehmende Privatisierung erkennen.

Tabelle 3: Entwicklung des Privatschüleranteils im Primarschulbereich zwischen 1970 und 1989

OECD-Länder	1970	1975	1980	1985	1989
Australien	20,4	-	19,7	23,4	24,8
Belgien	51,7	51,6	53,0	54,6	56,0
Dänemark	5,9 ¹	6,5	8,8	9,0	9,7
Deutschland	0,5 ¹	-	-	1,6	1,8
Frankreich	13,9	14,1	14,5	15,1	14,8
Griechenland	7,1	7,8	6,4	5,8	6,6 ⁷
Irland	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Italien	7,0	6,8	7,2	7,4	7,5
Japan	0,6	0,6	0,5	0,5	0,7
Kanada	1,8	2,0	3,2	3,2	3,6
Luxemburg	2,8	1,4	0,9	-	0,7 ⁸
Niederlande	72,5	70,2	68,3	68,4 ⁵	68,8
Neuseeland	12,7	9,0	8,5	2,0	2,6
Norwegen	0,4	0,5	0,6	0,8	1,1
Österreich	2,7 ²	3,1	3,4	3,9	3,9
Spanien	27,9	37,1	35,5	34,2	34,5
Schweden	0,0	0,4	0,6	0,8 ⁶	0,9
Schweiz	-	1,8 ³	2,2	2,2	2,4
Türkei	0,5	0,4	0,4 ⁴	0,4	0,6
USA	11,5	12,8	11,1	11,4	11,6
Vereinigtes Königreich	-	-	4,0	4,5	4,8

1 für das Jahr 1971; 2 für das Jahr 1972; 3 für das Jahr 1976; 4 für das Jahr 1979; 5 für das Jahr 1984; 6 für das Jahr 1986; 7 für das Jahr 1988; 8 für das Jahr 1990.
Quelle: UNESCO-Datenbank, eigene Berechnungen.

Ein einheitlicher Trend zu einer stärkeren Privatisierung läßt sich auch im *allgemeinbildenden Schulwesen des Sekundarbereichs* nicht feststellen. Steigerungen des Privatschüleranteils in der Sekundarstufe I und II von mehr als 5

Prozent weisen lediglich Australien und Dänemark auf. In Dänemark ist dieser Anstieg vor allem auf die Zunahme des Privatschüleranteils in der Sekundarstufe I zurückzuführen. Die Zunahme in den übrigen Ländern schwankt um 2 bis 3 Prozent. Der leichte Anstieg des Privatschüleranteils ist in der Mehrzahl der Länder nicht das Ergebnis einer stärkeren absoluten Nachfrage nach Privatschulen, sondern hängt damit zusammen, daß der demographisch bedingte Schülerrückgang den privaten Sektor weniger stark traf als die staatlichen Schulen (vgl. für Westdeutschland Weiß/Mattern 1991). Stärker fällt der Rückgang des Privatschüleranteils in einigen Ländern ins Gewicht. Das hohe Privatisierungsniveau in Spanien im Sekundarbereich I und II wurde jeweils um mehr als 10 Prozent abgesenkt. Verluste von über 5 Prozent in der Sekundarstufe I und II sind noch in Neuseeland zu beobachten. Rückgänge von rund 5 Prozent und mehr in der Sekundarstufe II sind in Frankreich, Griechenland und in der Schweiz zu verzeichnen.

Tabelle 4: Entwicklung des Privatschüleranteils im allgemeinbildenden Sekundarbereich (I und II) zwischen 1975 und 1989

OECD-Länder	1975	1980	1985	1989
Australien	24,2	26,4	28,8	31,5
Belgien	-	63,6 ¹	64,9	66,7 ³
Dänemark	-	10,8	13,7	15,5
Deutschland	-	6,3 ¹	7,1	8,1
Frankreich	-	19,7	21,6	21,1
Griechenland	-	8,8	3,3	3,7 ⁴
Irland	70,2	70,1	-	-
Italien	5,3	6,1	6,3	7,1
Japan	14,1	13,2	13,0	14,7
Kanada	-	6,5 ¹	6,5	5,8
Luxemburg	10,0	8,1	8,1	6,5 ³
Niederlande	72,3	72,3	72,1	73,4
Neuseeland	13,5	12,8	4,5	4,9
Norwegen	-	3,3	2,9	4,5
Österreich	5,2	5,7	6,7	7,4
Spanien	46,2	37,1	34,8	32,4
Schweden	1,0	-	0,1 ²	1,2
Schweiz	-	7,2	5,8	6,3
Türkei	-	2,3	2,5	3,5
Vereinigtes Königreich	-	7,6	8,5	9,0

1 für das Jahr 1983; 2 für das Jahr 1986; 3 für das Jahr 1987; 4 für das Jahr 1988.
Quelle: UNESCO-Datenbank, eigene Berechnungen.

Von einem *Privatisierungstrend im Schulbereich* kann folglich – zumindest was die OECD-Länder betrifft – *keine Rede sein*. Dies überrascht angesichts der Tatsache, daß Gesetzgebung und Bildungspolitik in zahlreichen Ländern „privatschulfreundlicher“ geworden sind (u.a. durch Initiativen des Europäischen Parlaments zur Stärkung des privaten Sektors im Bildungsbereich – vgl. Europäische Gemeinschaften 1984) und daß die öffentliche Subventionierung privater Schulen zugenommen hat (vgl. OECD 1992a, S. 179, Tab. 4.2).

Bei der Interpretation der skizzierten Trends sind allerdings die unterschiedlichen Privatisierungsniveaus in den OECD-Ländern in Betracht zu ziehen. Länder mit hohem Privatisierungsgrad bedürfen einer sehr starken absoluten Zunahme an Privatschülern, um ihren Privatschüleranteil noch zu steigern. Umgekehrt zeigen Länder wie z.B. Schweden ein beachtliches Wachstum der absoluten Privatschülerzahlen (von 30 Prozent), das sich aber wegen des geringen Privatisierungsgrades nicht in einer bedeutsamen Anteilssteigerung (Anstieg von 1 Prozent auf 1,3 Prozent) auswirkt. Ferner ist zu sehen, daß sich in den Statistiken nur die realisierte Bildungsnachfrage niederschlägt. Aus einer ganzen Reihe von Ländern ist aber bekannt, daß die Nachfrage nach Privatschulplätzen das Angebot z.T. deutlich übersteigt.

3. Privatisierungsstrategien

Die *Verlagerung der Leistungserstellung auf private Träger* kann grundsätzlich auf verschiedenen Wegen erfolgen:

- (1.) ohne staatlichen Einfluß durch das Vordringen privater Anbieter bei freiem Marktzutritt;
- (2.) vom Staat initiiert:
 - durch Rückzug als Anbieter,
 - durch direkte Subventionierung privater Träger,
 - durch Ausgabe von Bildungsgutscheinen an die Nutzer privater Bildungseinrichtungen,
 - durch die (vertraglich geregelte) Übertragung von bestimmten Leistungen auf private Träger.

Zum Teil implizieren diese Strategien auch eine (partielle) Privatisierung von Bildungskosten. Eine solche Kostenüberwälzung kann aber auch unabhängig von Produktionsverlagerungen auf private Träger Gegenstand von Privatisierungsmaßnahmen sein.

Beispiele aus dem Schulbereich

(1.) In den meisten Ländern ist der „Markteintritt“ in diesem Bildungsbereich *nicht völlig frei*, d.h. die Einrichtung privater Schulen ist – insbesondere aus Gründen der Qualitätssicherung und Schaffung gleichwertiger Sozialisationsbedingungen – an die *Erfüllung bestimmter Voraussetzungen* (z.B. hinsichtlich der Qualifikation der Lehrkräfte, der Qualität der Lehrpläne, der Stundentafel sowie der Gleichwertigkeit von Bildungsabschlüssen) gebunden (vgl. für die EU im einzelnen Euridice 1992). Träger privater Bildungseinrichtungen sind in der weit überwiegenden Mehrzahl der Fälle Nonprofit-Organisationen des „Dritten Sektors“, insbesondere solche mit religiöser oder weltanschaulicher Ausrichtung. Gemeinnützigkeit ist viel-

fach Voraussetzung für die staatliche Förderung der Privatschulen. Gewinnorientierte Unternehmen als Träger von Privatschulen sind derzeit noch eine Seltenheit.

In den USA wird es jedoch mit dem „*Edison Projekt*“ ab 1996 einen *Modellversuch mit gewinnorientierten Privatschulen* geben. Initiator des publizistisch vielbeachteten Projekts ist der Medienunternehmer Christopher Whittle. Er beabsichtigt, mit Privatkapital bis 1996 eine Kette von 200 gewinnorientierten Elementar- und Sekundarschulen mit 100 000 bis 150 000 Schülerplätzen einzurichten. Fernziel ist die Schaffung von zwei Millionen Schülerplätzen bis zum Jahr 2010. Vorgesehen ist ein Schulgeld in Höhe von 5 500 – 6 000 Dollar pro Kopf und Schuljahr. 20 Prozent der Schülerplätze sind für Stipendiaten reserviert. Gewinn soll vor allem durch die Ausnutzung kostensparender Strategien erwirtschaftet werden: durch weniger Bürokratie, durch den verstärkten Einsatz Freiwilliger (z.B. Tutorendienste der Schüler, Mithilfe der Eltern in der Schulverwaltung) und die Einsparung von Lehrkräften durch Einsatz von Computern (vgl. Bartel 1993).

Eine Privatisierungsvariante in Ländern, in denen es – wie etwa in zahlreichen Bundesstaaten der USA und in Dänemark – keine Schul-, sondern nur eine Unterrichtspflicht gibt, ist die *häusliche Instruktion* („*home education*“). In den USA wurden Anfang der 90er Jahre schätzungsweise eine halbe Million Kinder und Jugendliche zu Hause unterrichtet. Innerhalb eines Jahrzehnts hat sich die Zahl damit verzehnfacht. Es ist deshalb nicht übertrieben, von einer quantitativ bedeutsamen Bewegung zu sprechen. Der Unterricht zu Hause ist staatlich kaum reguliert. 32 Bundesstaaten verlangen lediglich, daß als Hauslehrer tätige Eltern einen Sekundarschulabschluß besitzen. Bisweilen ist der „häusliche Lehrplan“ der lokalen Schulbehörde zur Genehmigung vorzulegen. Waren es anfänglich meist reformpädagogisch orientierte Eltern, die „home education“ dem Schulunterricht vorzogen, so wird die „home School“-Bewegung der 80er Jahre vor allem von konservativen religiösen Gruppen, den Christian Fundamentalists, getragen (vgl. Time, Nr. 34 v. 22. 10. 1990, S. 62; Knowles/Marlow/Muchmore 1992).

(2.) Im Schulbereich hat der Staat einen infrastrukturellen Auftrag zu erfüllen. Daraus leitet sich eine weitgehende Finanzierung aus öffentlichen Mitteln ab, nicht notwendigerweise aber die Bildungsproduktion in staatlicher Trägerschaft. Daß der infrastrukturelle Auftrag auch durch ein Schulsystem mit Bildungseinrichtungen überwiegend in privater Trägerschaft wahrgenommen werden kann, zeigt das Beispiel der Niederlande. Wie dargelegt, überwiegen jedoch Mischsysteme, in denen staatliche Anbieter dominieren. Dem privaten Sektor kommt darin die Funktion zu, spezielle Bildungswünsche und -bedürfnisse abzudecken. Der Bedeutungszuwachs dieser Funktion im Gefolge fortschreitender gesellschaftlicher Pluralisierung hat die politisch Verantwortlichen in einer ganzen Reihe von Ländern dazu veranlaßt, das *Spektrum an Bildungsangeboten durch Verbesserung des Zugangs zum Privatschulensektor zu erweitern*. Zum Teil war dies – insbesondere in den englischsprachigen Ländern – auch von der Absicht geleitet, die staatlichen Schulen dadurch einem stärkeren Wettbewerb auszusetzen.

Eine der ersten Amtshandlungen der Regierung Thatcher im Bildungsbereich war die Einführung des *Assisted Places Scheme* durch den *Education*

Act von 1980. Begabten Kindern aus Arbeiterfamilien und benachteiligten Elternhäusern sollte damit die Möglichkeit zum kostenlosen oder kostenreduzierten Besuch einer Privatschule eröffnet werden. 1986 wurden für 21 000 11 bis 18jährige, d.h. etwa jeden siebten Privatschüler, Privatschulplätze über das Assisted Places Programm vollständig (für 40 Prozent) oder zum Teil öffentlich finanziert. Das dazu verabschiedete Gesetz sieht die Bereitstellung von 60 Prozent der Privatschulplätze für Schüler vor, die aus dem öffentlichen Schulwesen wechseln (vgl. Walford 1990, S. 67-72).

Die Absicht, die teuren Privatschulen einem größeren Kreis von Familien mit schulpflichtigen Kindern zugänglich zu machen, war auch leitend für die verschiedenen Initiativen in den USA zur Einführung von *Bildungsgutscheinen*. In den Bundesstaaten fand sich dafür bis jetzt jedoch noch keine Mehrheit. Im November 1993 scheiterte ein Referendum über Bildungsgutscheine in Kalifornien. Erfolglos blieben auch entsprechende Initiativen in Oregon 1990 und Colorado 1992. Auf lokaler Ebene scheint es bisweilen einfacher zu sein, Mehrheiten für eine Implementation des Gutscheinmodells zu gewinnen: Eine Variante wurde kürzlich in Milwaukee/Wisconsin eingeführt. Damit soll jährlich etwa einem Prozent der Schüler aus einkommensschwachen Familien die Möglichkeit geboten werden, von einer staatlichen an eine nichtkonfessionelle private Schule zu wechseln. Der Gutschein hat einen Wert von 2500 Dollar pro Schüler und Jahr.

Eine andere Privatisierungsstrategie stellt die *partielle Funktionsübertragung auf private Dienstleistungsbetriebe* dar. Im Vordergrund stehen dabei Wirtschaftlichkeitsüberlegungen (Beispiel: Schulspeisung, Reinigung, Schülertransport). Ziel einer solchen Teilprivatisierung durch Funktionsauslagerung kann aber auch die *Verbesserung der Leistungswirksamkeit* der Schulen sein. Ein Beispiel dafür ist das „*performance contracting*“, das in den USA bereits in den 60er Jahren praktiziert wurde. Von lokalen Schulbehörden wurden mit privaten Firmen Verträge abgeschlossen, in denen sie sich verpflichteten, bestimmte Schülergruppen in einem Fach oder mehreren Fächern innerhalb eines festgelegten Zeitraums zu einem bestimmten Leistungsniveau zu führen. Nur wenn dieses Ziel erreicht war, wurde auch das Honorar fällig. Das mit hohen Erwartungen begonnene Experiment führte jedoch nicht zu den gewünschten Erfolgen (vgl. Carpenter-Huffman/Hall/Sumner 1974). Das Konzept des „*performance contracting*“ erfährt gegenwärtig in den USA eine modifizierte Neuauflage. Diesmal werden private Firmen mit dem gesamten Management öffentlicher Schulen beauftragt. Das hochgesteckte Ziel, die Schulen wirtschaftlicher zu führen, den Lernerfolg der Schüler zu steigern und gleichzeitig noch Gewinn zu erwirtschaften, konnte bisher jedoch noch nicht erreicht werden.

Ein neuartiges Konzept, von dem sich die bildungspolitisch Verantwortlichen in den USA innovationsfördernde Impulse und Effizienzverbesserungen erhoffen, sind *Charter Schools*. Das 1991 erstmals in Minnesota erprobte Reformkonzept sieht vor, daß Personen, die über eine Lehrbefähigung verfügen, mit den lokalen Schulbehörden einen „Charter-Vertrag“ zur Führung einer öffentlich finanzierten Schule abschließen können. Die Schulen sind weitgehend von staatlichen Regelungen befreit. Der Vertrag kann rückgängig gemacht werden, wenn darin fixierte Lernerfolgsziele nicht

erreicht werden. In fünf Bundesstaaten sind inzwischen die gesetzlichen Grundlagen für die Einführung von Charter-Schulen geschaffen worden. (vgl. The Christian Science Monitor vom 8. 6. 1993, S. 11)

Nur wenige Ansatzpunkte bietet das staatliche Schulwesen für eine *Privatisierung der Bildungskosten*. Gleichwohl ist in den letzten Jahren im Zuge der sich verschärfenden staatlichen Finanzkrise in einigen Ländern eine Tendenz in Richtung einer stärkeren privaten Finanzierungsbeteiligung unübersehbar. Zum einen äußert sich dies in einem *verstärkten finanziellen Engagement der Privatwirtschaft*. In den USA z.B. stellen Zuwendungen örtlicher Firmen an Schulen mittlerweile fast schon ein konstitutives Merkmal der Schulfinanzierung dar. In letzter Zeit haben zudem zweckgebundene Zuwendungen von Großunternehmen an Bedeutung gewonnen. So haben die Firmen Coca Cola, General Motors, IBM und Citibank Millionenbeträge an 15 Schulen gegeben, die sich zu bestimmten Reformen verpflichten mußten (Einbeziehung der Eltern, verbesserte Schulberatung, längeres Schuljahr) (Arnold 1993, S. 20). Weniger erfolgreich waren dagegen in England bisher die Bemühungen der konservativen Regierung, für das Reformprojekt der *City Technology Colleges* in dem erhofften Umfang private Geldgeber aus Industrie und Handel für eine Mitfinanzierung von Bau und Ausstattung der Schulen zu gewinnen (vgl. Walford 1990, S. 87-92). Auch hierzulande wird bislang „Sponsoring“ von Schulen durch private Firmen mehr diskutiert als praktiziert.

Der Privatisierungstrend bei der Bildungsfinanzierung manifestiert sich zum anderen in einer stärkeren *Kostenbeteiligung privater Haushalte* etwa bei den Lernmitteln, beim Schülertransport und bestimmten schulischen Dienstleistungen. Einen Bedeutungszuwachs hat auch die *unentgeltliche Mitarbeit in Schulen* – als indirekter Finanzierungsbeitrag privater Haushalte – erfahren, eine Ressource, die in manchen Ländern seit jeher eine wichtige Rolle spielt. So ist einem kürzlich in den USA erschienenen Bericht über „Volunteers in Public Schools“ (Michael 1990) zu entnehmen, daß im Schuljahr 1987/88 landesweit mehr als eine Million freiwilliger Helfer an staatlichen Schulen tätig waren – Mütter von Schülern, Pensionäre, von örtlichen Firmen freigestellte Mitarbeiter, Studenten. Ihre Dienste wurden von Dreiviertel der amerikanischen Primarschulen und etwa der Hälfte der Sekundarschulen in Anspruch genommen. Im Primarbereich waren durchschnittlich 24(!), im Sekundarbereich durchschnittlich 15 freiwillige Helfer an einer Schule tätig. Eingesetzt wurden sie hauptsächlich für unterrichtsunterstützende Tätigkeiten (z.B. „tutoring“, Korrekturarbeiten, Durchführung von Übungsarbeiten, Überwachung von naturwissenschaftlichen Experimenten) sowie für Funktionen im außercurricularen Bereich (z.B. Sport, soziale Aktivitäten, Ausflüge, Schulbibliothek).

4. Evaluation der Privatisierung

Zur *Begründung von Privatisierungsmaßnahmen* im Bildungswesen werden, wie in anderen Bereichen auch, mit dem Hinweis auf *Kosten- und Effektivitätsvorteile der privaten Produktion* vor allem *Effizienzargumente* vorgebracht. Zu prüfen ist, ob es dafür empirische Forschungsevidenz gibt.

4.1 Leistungswirksamkeit staatlicher und privater Schulen im Vergleich
Von den zahlreichen komparativen Schulleistungsstudien, die inzwischen

vorliegen (zusammenfassend Weiß 1988a), verdient eine Untersuchung in den USA besondere Beachtung: der großangelegte *Schuleffektivitäts-Vergleich* unter der Leitung des *Soziologen James S. Coleman*. Aus dieser Untersuchung sind zwei Teilstudien hervorgegangen, deren wichtigste Ergebnisse in zwei Buchpublikationen dokumentiert sind (Coleman/Hoffer/Kilgore 1982, Coleman/Hoffer 1987). Die den beiden Studien zugrundeliegende Datenbasis stammt aus dem *Projekt „High School and Beyond“* (HSB), einer Längsschnittuntersuchung an staatlichen und privaten Sekundarschulen aus den Jahren 1980 und 1982, die Daten von fast 60 000 Schülern der zehnten und zwölften Klasse und von über 1000 Schulen (893 staatlichen, 84 katholischen und 27 anderen Privatschulen) umfaßt.

Den Ergebnissen der ersten Studie zufolge sind die *privaten Schulen den staatlichen Schulen leistungsmäßig deutlich überlegen*: Die Testleistungen (Leseverständnis, Wortschatz, Mathematik) der Schüler der zehnten Klasse („sophomores“) im privaten Sektor entsprechen in etwa denen der Schüler der zwölften Klasse („seniors“) im staatlichen Schulwesen. Werden in der ersten Studie binnenschulische Faktoren (Leistungsorientierung der Schule, Disziplin, Schülerverhalten) für die nach statistischer Kontrolle des Einflusses von Statusmerkmalen verbleibenden Effektivitätsunterschiede verantwortlich gemacht, so wird in der zweiten Studie die besondere Bedeutung des Schulkontextes für die dort im Mittelpunkt stehende Leistungsüberlegenheit katholischer Privatschulen herausgestellt: die „sozialen Ressourcen“ der sie umgebenden religiös geprägten „funktionalen Gemeinschaft“, von der sie durch vielfältige intergenerative Kontakte außerhalb der Schule normative Unterstützung erhalten.

Die in einer eingehenden *methodenkritischen Überprüfung der ersten Vergleichsuntersuchung* aufgedeckten *schwerwiegenden Mängel* sowie die *Ergebnisse zahlreicher Reanalysen* des HSB-Datenmaterials (vgl. zusammenfassend Weiß 1988a, Witte 1991) lassen auf eine *erhebliche Überschätzung des Leistungsvorteils privater Schulen* durch Coleman und seine Mitarbeiter schließen. Die Kritik entzündete sich vor allem an den statistisch nur bedingt zu kontrollierenden „Störeinflüssen“ von Selektivitäts- und Selbstselektivitätsmechanismen, die staatlichen und privaten Schulen höchst unterschiedliche Schülerpopulationen zuführen. Wegen der damit eng zusammenhängenden Unterschiede im curricularen Profil und der Kursstruktur – staatliche Schulen bieten weit mehr technische und berufsbezogene Kurse an als Privatschulen, deren Schwerpunkt auf der Vorbereitung zum College-Besuch liegt –, ist der Aussagegehalt des auf einheitlichen Effektivitätskriterien basierenden Systemvergleichs erheblich eingeschränkt. Die schon aus diesem Grund angebrachten Vorbehalte gegen die konstatierte Leistungsüberlegenheit des privaten Sektors werden noch dadurch verstärkt, daß der dem Effektivitätsvergleich zugrundeliegende Lernzuwachs (Testleistungsdifferenzen) zwischen der 10. und 12. Klasse äußerst gering ausfällt, d.h.: An amerikanischen Sekundarschulen wird in der Oberstufe offenbar nur noch wenig (testleistungsrelevantes) gelernt, gleichgültig ob sie dem staatlichen oder privaten Sektor angehören. Anzuzweifeln ist auch die Validität der verwendeten standardisierten Schulleistungstests, die zum Teil Wissensinhalte abfragen, die zum Lehrstoff der Primarstufe gehören, sowie die

Reliabilität wesentlicher Kontrollvariablen wie Familieneinkommen und Bildungsniveau der Eltern, die über Schülerfragebogen erfaßt wurden. Anknüpfend an die Untersuchungen von Coleman und Mitarbeitern haben Chubb/Moe (1990) in einer vielbeachteten Studie eine weitergehende Analyse der gefundenen Leistungsüberlegenheit privater Schulen vorgenommen. Im Mittelpunkt stehen – in einer ergänzenden Erhebung erfaßte – *Merkmale der binnenschulischen Organisation und des Schulkontextes*. Privatschulen sind danach staatlichen Schulen aufgrund ihrer größeren *Autonomie* und der *Wirksamkeit des Wettbewerbs* leistungsmäßig überlegen. Dieses Ergebnis, das als Beleg für die Vorzüge eines nach Marktprinzipien organisierten Schulwesens gewertet wird, legt nach Ansicht der Autoren dessen radikale Entstaatlichung nahe. Emphatisch plädieren sie dafür, das politisch-bürokratische Steuerungssystem durch Marktsteuerung zu ersetzen, indem den Schulen das Selbstverwaltungsrecht gewährt wird und den Eltern das Recht auf uneingeschränkte Schulwahl. Dieses Votum basiert jedoch auf einem schwerwiegenden Fehlschluß. Die von Chubb und Moe gefundenen Zusammenhänge beziehen sich auf die spezifische Konstellation des gegenwärtigen „Mischsystems“ in den USA mit einem Privatschulanteil von etwa 25 Prozent und einem Privatschüleranteil von 12 Prozent. Der daraus resultierende besondere Status der Privatschulen und ihre ausgewählte Klientel verschaffen ihnen einen effektivitätsrelevanten (statistisch nur unzureichend kontrollierbaren) Vorteil. Eine Extrapolation der Untersuchungsergebnisse auf die völlig anders gelagerte Situation eines vollständig deregulierten und dezentralisierten Schulwesens mit autonomen, untereinander konkurrierenden Schulen verbietet sich daher (vgl. zu weiteren Kritikpunkten Weiß 1993). Eine Überlegenheit des Marktes im schulischen Bildungsbereich ist bislang erfahrungswissenschaftlich nicht zu begründen.

4.2 Kostenvergleich

Auch bei Kostenvergleichen schneiden private Schulen auf den ersten Blick vielfach besser ab als staatliche Einrichtungen. So findet sich in der Studie von Coleman/Hoffer (1987, S. 35) der Hinweis, daß die in der Stichprobe erfaßten katholischen Privatschulen zum Erhebungszeitpunkt im Durchschnitt etwa ein Drittel weniger pro Schüler ausgaben als staatliche Schulen. Bei uns wartet der Bund der Freien Waldorfschulen regelmäßig mit der Pressemitteilung auf, daß Waldorfschulen kostengünstiger geführt würden als staatliche Schulen. So ist z. B. einer dpa-Meldung vom 6. 7. 1992 zu entnehmen, daß in der Sekundarstufe Waldorfschulen mit rund 8300 DM „Schulbetriebskosten pro Schüler und Jahr“ 16 Prozent billiger als staatliche Gymnasien und sogar 23 Prozent billiger als Gesamtschulen seien (dpa-Dienst für Kulturpolitik, S. 14).

Der *Aussagegehalt solcher Vergleiche* ist jedoch in der Regel dadurch *erheblich eingeschränkt*, daß einmal statt Kosten nur die budgetwirksamen Ausgaben gegenübergestellt werden und zum anderen die Bedingung der Vergleichbarkeit nicht gegeben ist. So bleibt vielfach unberücksichtigt, daß private und staatliche Schulen aufgrund qualitativ unterschiedlicher Aufgabenstellungen (die zum Teil mit differenten Schülerpopulationen zusam-

menhängen) in ihrem Leistungsprogramm differieren. In bezug auf die Situation in den USA z.B. konstatiert Levin (1991, S. 152): „Public schools must provide more (mandated, M.W./B.S.) high cost services and educational services to ‚high cost‘ students than private schools.“ Nach Eliminierung solcher Unterschiede eventuell verbleibende Kostenvorteile privater Schulen sind vor allem das Ergebnis niedrigerer „Faktorpreise“ (insbesondere niedrigerer Lehrergehälter) und unentgeltlich erbrachter Leistungen (von Lehrern und Eltern), also günstigerer „Produktionsbedingungen“, und weniger einer effizienteren Ressourcenverwendung (vgl. ausführlich Weiß 1988 b).

Die vorliegenden Forschungsbefunde zu Kosten und Effektivität staatlicher und privater Bildungsproduktion liefern *kein schlüssiges Argument für Effizienzgewinne durch Privatisierung im Schulbereich*. Abgesehen davon greift das ökonomische Effizienzkriterium zur Begründung von Privatisierungsmaßnahmen zu kurz, weil gesellschaftlich bedeutsame Systemeffekte ausgeblendet bleiben z.B. in bezug auf Ziele wie Chancengleichheit und soziale Kohäsion. Nicht unbegründet ist die Befürchtung, daß die von einer quantitativ bedeutsamen Privatisierung zu erwartende soziale, weltanschauliche, ethnische etc. Segregation des Schulwesens zu einer Verstärkung gesellschaftlicher Fragmentierungsprozesse führen würde (vgl. z.B. Levin 1983).

5. Folgerungen und Perspektiven

Ein deutlicher Trend in Richtung einer stärkeren Privatisierung des Bildungswesens, wie ihn die Medien bisweilen auszumachen können glauben, ist bislang – zumindest für den Vorschul- und Schulbereich – empirisch nicht zu belegen. Dieser Befund läßt sich freilich nicht in die Zukunft extrapolieren. Ein weiter wachsendes gesellschaftliches Interesse an einer Pluralisierung des schulischen Bildungsangebots im Zuge der fortschreitenden Ausdifferenzierung von Bildungspräferenzen in westlichen Industrienationen lassen im Schulbereich einen Bedeutungszuwachs des privaten Sektors erwarten. Verstärken könnte diesen Trend die als Qualitätsdeterioration perzipierte Verschlechterung der Ressourcenausstattung des öffentlichen Schulwesens im Gefolge der sich verschärfenden staatlichen Finanzkrise. Dies dürfte zugleich eine stärkere Privatisierung von Bildungs- und Ausbildungskosten nach sich ziehen, insbesondere in den nicht obligatorischen Bildungsbereichen – mit möglichen negativen Auswirkungen auf die Bildungsbeteiligung bestimmter Gruppen. Besonders prekär ist die Finanzlage im Hochschulsektor. Dort ist deshalb am ehesten mit einer Kostenverlagerung auf die Studierenden und ihre Familien zu rechnen, insbesondere in den Ländern, in denen die (institutionellen) Ausbildungskosten bislang weitgehend aus öffentlichen Budgets finanziert werden. Eine solche Kostenverlagerung ist in diesen Ländern vielfach auch im Blick auf eine notwendige Korrektur der negativen Verteilungswirkungen angezeigt, die durch die Begünstigung von Beziehern höherer Einkommen entsteht. Am stärksten dürfte der Privatisierungstrend im Bildungssektor von den expandierenden und staatlich weniger regulierten Bereichen außerhalb des formalen Bildungswesens geprägt werden, in denen – wie im Weiterbildungsbereich – private Bildungsanbieter traditionell eine besondere Rolle spielen.

Literatur

- Arnold, E.: Marktwirtschaft im Bildungswesen. In: Die Höhere Schule. 1993, 1, S. 18-20
- Bartel, H.: Das Edison-Projekt in den USA. In: Zeitschrift für Bildungsverwaltung. 8, 1993, 1, S. 49-56
- Carpenter-Huffman, P.; Hall, G.K.; Sumner, G.C.: Change in education. Insights from performance contracting. Cambridge, Mass.: Ballinger 1974
- Chubb, J.E.; Moe, T.M.: Politics, markets, and America's schools. Washington, D.C.: The Brookings Institution 1990
- Coleman, J.S.; Hoffer, T.; Kilgore, S.: High school achievement: Public, catholic, and private schools compared. New York: Basic Books 1982
- Coleman, J.S.; Hoffer, T.: Public and private high schools. The impact of communities. New York: Basic Books 1987
- Europäische Gemeinschaften: Bericht im Namen des Rechtsausschusses über die Freiheit der Erziehung in der Europäischen Gemeinschaft (Europäisches Parlament, Sitzungsdokument 1-1456/83 v. 24. Febr. 1984)
- Eurydice: Formen und Status des privaten und nicht-staatlichen Bildungswesens in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft. Brüssel 1992
- James, E.: Why do different countries choose a different public-private mix of educational services? In: The Journal of Human Resources. 1993, 3, S. 571-592
- Knowles, J.G.; Marlow, S.E.; Muchmore, J.A.: From pedagogy to ideology: Origins and phases of home education in the United States, 1970 – 1990. In: American Journal of Education. 1992, S. 195-235
- Krauss, F.: Privatisierung in der Bundesrepublik Deutschland 1983 – 1990. Köln: Deutscher Instituts-Verlag 1990
- Levin, H.M.: The economics of educational choice. In: Economics of Education Review. 10, 1991, 2, S. 137-158
- Levin, H.M.: Educational choice and the pains of democracy. In: James, T.; Levin, H.M. (Hg.): Public Dollars for private schools. Philadelphia: Temple University Press 1993, S. 17-38
- Michael, B. (Hrsg.): Volunteers in Public Schools. Washington, D.C.: National Academy Press 1990
- OECD: Education at a glance. Paris 1993
- Walford, G.: Privatization and privilege in education. London/New York: Routledge 1990
- Weiß, M.: Der „Dritte Sektor“ im Bildungsbereich: Zum Stand der Forschung I. Frankfurt a. M.: Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung 1988 (1988 a)
- Weiß, M.: Der Markt als Steuerungssystem im Schulwesen? In: Zeitschrift für Pädagogik. 39, 1993, 1, S. 71-84
- Weiß, M.: Kostenkennwerte staatlicher Schulen. Zur Problematik ihrer Verwendung bei Systemvergleichen und der Festlegung der staatlichen Finanzhilfe für Privatschulen. In: Recht der Jugend und des Bildungswesens. 36, 1988, 3, S. 341-348. (1988 b)
- Weiß, M.; Mattern, C.: The situation and development of the private school system in Germany. In: von Recum, H.; Weiss, M. (Hrsg.): Social change and educational planning in West Germany. Frankfurt a.M.: German Institute for International Educational Research 1991, S. 41-62
- Witte, J.F.: Private school versus public school achievement: are there findings that should affect the educational choice debate? In: Economics of Education Review. 11, 1992, 4, S. 371-394

Manfred Weiß, geb. 1942. Dr. rer. oec., Dipl.-Kfm.; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung, Abteilung Bildungsökonomie; Lehrbeauftragter an der Pädagogischen Hochschule Erfurt und an der Universität Frankfurt, Fachbereich Erziehungswissenschaften; 1987 Vertretungsprofessur an der State University of New York/Buffalo, Department of Educational Organization, Administration and Policy.

Anschrift: Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung, Schloßstr. 29; Postfach 90 02 70, 60442 Frankfurt am Main

Brigitte Steinert, geb. 1955, Dr. phil., Dipl. Päd., Dipl. Soz.; wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung, Abteilung Bildungsökonomie; Lehrbeauftragte an der Universität Frankfurt, Fachbereich Erziehungswissenschaften.

Anschrift: Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung, Schloßstr. 29; Postfach 90 02 70, 60442 Frankfurt am Main